

LANDKREIS RHÖN-GRABFELD

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT- UND NATURSCHUTZFRAGEN

Sitzungsdatum: Montag, 15.11.2021
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 17:29 Uhr
Ort: im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes

ANWESENHEITSLISTE

LANDRAT

Habermann, Thomas

GEWÄHLTER STELLVERTRETER DES LANDRATS

Demar, Josef

WEITERE STELLVERTRETER DES LANDRATS

Altrichter, Bruno
Böhm, Eva

AUSSCHUSSMITGLIEDER

Finger, Albrecht
Herbert, Christof
Kronester, Carmen-Sita
Liebst, Matthias
Mültner, Daniela
Räder, Eberhard
Scheublein, Ruth
Seiffert, Georg
Streit, Eberhard
Sturm, Egon
Waldsachs, Ulrich

LEITUNG SITZUNGSDIENST

Räth, Andreas

SCHRIFTFÜHRERIN

Grünbeck, Milena

VERWALTUNG

Eisenmann, Michael
Endres, Manfred
Geier, Jörg, Dr.
Helfrich, Stefan
Lingerfelt, Rebecca
Roßhirt, Gerald
Wallrapp, Lena

anwesend bis 15:00 Uhr

WEITERE ANWESENDE

Herr Bernd Fischer

Umweltbildungsstätte Oberelsbach gGmbH

Herr Korbinian Klinger

Franziskaner Klosterbetriebe GmbH

Herr Trost (entschuldigt)

Trost Stahl- und Metallbau GmbH

Herr Steffen Kanitz (entschuldigt)
Vertretung: Frau Dagmar Dehmer

Bereichsleiterin Unternehmenskommunikation
& Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgesellschaft für
Endlagerung – BGE (zu TOP 2)

Frau Antje Voll (entschuldigt)
Vertretung: Herr Dr. Vollmuth

Projektleiterin Biodiversitätszentrum Rhön (zu TOP3)

Herr Dr. Warnecke

Geschäftsführer des Gemeinschafts-
kraftwerk Schweinfurt – GKS (zu TOP4)

Abwesende und entschuldigte Personen:

AUSSCHUSSMITGLIEDER

Eppler, Hartmut

entschuldigt

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anträge Kreisrat Eberhard Räder vom 05.11.2021: Nachbesprechung der Klimakonferenz vom 16.10.2021 und Ausblick
Vorlage: S1.3/002/2021
2. Sachstand Endlagersuche; Vortrag von Herrn Steffen Kanitz, Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung - BGE
Vorlage: 4.0/017/2021
3. Sachstand Biodiversitätszentrum Rhön, Vortrag von Frau Antje Voll, Projektleiterin Biodiversitätszentrum Rhön
Vorlage: 4.0/018/2021
4. Entwicklungen und Projekte am Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt (GKS) - Vortrag von Geschäftsführer Dr. Warnecke
Vorlage: 4.3/046/2021
5. Wertstoff- und Abfallkalender 2022
Vorlage: 4.3/045/2021
6. Nutzung des Verfügungsrahmens Öko-Projekte in der Öko-Modellregion Landkreis Rhön-Grabfeld ab dem Jahr 2022
Vorlage: S1.3/001/2021
7. Verschiedenes öffentlicher Teil

Stellvertretender Landrat Demar eröffnet um 14:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutzfragen, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutzfragen fest.

Er begrüßt die Gäste der heutigen Sitzung, die eine Teilnahmekunden am Umwelt- und Klimapakt Bayern ausgehändigt bekommen.

Stellvertretender Landrat Demar erläutert nähere Informationen zur Teilnahme am Umwelt- und Klimapakt Bayern. Im Namen des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutzfragen und des Kreistages beglückwünscht Herr Demar, Herrn Fischer und Herrn Klinger für die Auszeichnung. Diese sind hervorragende Vorbilder in Bezug auf ein umweltbewusstes Verhalten.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 **Anträge Kreisrat Eberhard Räder vom 05.11.2021: Nachbesprechung der Klimakonferenz vom 16.10.2021 und Ausblick**

Mitteilung

Arten- und Klimaschutzmanagerin Maritta Wolf stellt die Bilanz der Klimakonferenz anhand der Anlagen (AnlageTop1_1_Präsentation, Bericht Nachevaluierung Klimakonferenz, AnlageTop1_2_Bericht Evaluierung Klimakonferenz 2021) vor.

KR Herbert kommt um 14:09 Uhr zur Sitzung.

KR Liebst kommt um 14:10 Uhr zur Sitzung.

KRRin Scheublein kommt 14:13 Uhr zur Sitzung.

KR Räder bedankt sich für die Durchführung der Klimatagung und lobt die Verantwortlichen für die gute Organisation.

KR Räder resümiert anschließend über den Ausgangspunkt der Klimatagung und weist in diesem Zusammenhang auf die Problematik des Klimawandels hin. Er erwähnt den Beschluss, dass sich der Landkreis Rhön-Grabfeld zu den Klimazielen des Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 bekennt, welches auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Damit der Landkreis dieses Ziel erreicht, stellt KR Räder die Frage, welchen Beitrag der Landkreis Rhön-Grabfeld in einer bestimmten Zeit dazu beitragen könne.

KR Streit stellt klar, wie wichtig das Thema des Klimawandels sei. Er erläutert, dass der Kreistag als ein Verwaltungsorgan tätig sei. Dessen Zuständigkeit beschränkt sich auf sich auf Dinge, die man für den Landkreis entscheiden könne und dort umsetzt. Der Kreistag könne keine Entscheidungen, wie die „große Politik“ treffen.

Er stellt klar, dass dies keine Verhinderungstaktiken seien. Er stimmt konkret dafür, in Angelegenheiten es Kreises Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen und umzusetzen.

Er betont, dass man sich in diesem Gremium des Ausschusses auf die Entscheidungen und Problematiken konzentrieren sollte, die auch im Landkreis ausgeführt werden. Dabei sollte der Blick in das große, politische Geschehen nicht außer Acht gelassen werden.

KRin Kronester beschreibt Projekte anderer Landkreise, die positive Energiebilanzen aufweisen. KRRin Konester ist davon überzeugt, dass man im Hinblick auf die Umsetzung der Klimaziele im Landkreis Rhön-Grabfeld einiges beeinflussen könne.

Stellvertretender Landrat Demar stellt klar, dass die Problematik des Klimawandels dem Gremium bewusst sei. Er möchte jedem ins Gedächtnis rufen, dass vieles im Landkreis Rhön-Grabfeld schon bewegt wurde.

Stellvertretender Landrat Demar ist überzeugt, dass man auf einem guten Weg sei. Man müsse bedenken, dass Frau Wolf ihre Arbeit erst vor fünf Monaten aufgenommen habe.

Frau Wolf verweist in diesem Zusammenhang auf das Klimaschutzkonzept. Bestimmte Themen und Problematiken, die man im Landkreis angehen könne, möchte man auf alle Fälle angehen. Sie informiert, dass man im Sachgebiet aktuell noch Zeit brauche, das Thema systematisch anzugehen.

KR Herbert macht deutlich, dass die Arbeitsaufnahme von Frau Wolf ein sehr guter Auftakt sei und bestätigt die Worte von Frau Wolf. Dies sei für die Zukunft der richtige Weg. Er teilt mit, dass seiner Meinung nach das Thema des Klimawandels in Verbindung mit der abgehaltenen Klimatagung sowohl für das Gremium des Kreistages, dieses Ausschusses und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger gut sensibilisiert worden sei.

KR Räder meint, dass dieses Gremium sowohl ein Verwaltungsorgan als auch ein politisches Organ sei. Es sei unbestritten, dass der Landkreis schon vieles in Sachen Umwelt und Klima unternimmt. Er stellt die Frage, ob dies schon genug sei. Er erinnert an mögliche Folgen, wenn das 1,5 Grad Ziel nicht eingehalten werde. Er sagt aus, dass man alles im Landkreis dafür tun müsse, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Er sei davon überzeugt, dass man im hiesigen Landkreis etwas gegen die Klimakatastrophe tun könne. Er fordert den Landkreis auf, einen Experten zu engagieren, der zunächst klar aufweist, wo der Landkreis in Bezug auf die Klimaziele steht, was dieser tun könne und in welcher Zeitspanne dies absolviert werden könne.

KR Streit betont, dass sich das Gremium über das Ziel einig sei. Seine Rede ging dahin, dass es ein schwieriger Prozess für ein Gremium wie dieses sei, in dessen Zuständigkeitsbereich die Handlungsspielräume auszuloten und diese richtig auszufüllen. Dabei habe er sich gegen den Vorwurf gewährt, den er aus dem ersten Vortrag des Herrn Räder heraushörte: Man habe zu viel Zeit verstreichen lassen. Das anstehende Thema werde man zusammen anpacken. Er verwehrt sich dagegen, dass man dieses Gremium politisiert. Man müsse die Aufgaben suchen, die man im Landkreis bewältigen werde. KR Streit möchte sich keine Verzögerung vorwerfen lassen. Er informiert, dass im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden und beispielsweise vom Überlandwerk Rhön vorbildliche Maßnahmen ergriffen werden, um den Klimazielen näher zu kommen.

KR Räder gibt KR Streit Recht, dass man in diesem Gremium die große Politik nicht ersetzen könne. Er hofft auf die Zusage, des Herrn Landrat, die ihm in der letzten Kreistagssitzung zugesichert wurde. In dieser wurde ausgemacht, dass man den Landkreis Main Kinzig besucht. Er wiederholt, dass ein Fachmann den Landkreis Rhön-Grabfeld beraten soll.

Stellvertretender Landrat Demar steht dem Vorschlag, einen Fachmann zu engagieren, kritisch gegenüber. Für einen Außenstehenden, der den Landkreis nicht kenne, sei es schwierig, dem Landkreis Empfehlungen auszusprechen. Anschließend berichtet stellvertretender Landrat Demar über Vorzeigeprojekte im Landkreis.

KR Räder stellt nochmals in Frage, ob der Landkreis Rhön-Grabfeld genug für das Ziel des Pariser Klimaabkommens tut. Auch müsse sich die Frage gestellt werden, woher man in der Zukunft erneuerbaren Energien bezieht. Diese Thematik müsse laut Herrn Räder gemeinsam mit einem Fachmann eruiert werden.

KR Sturm erinnert daran, dass auf Initiative der Fraktion Freie Wähler in der Dezembersitzung des Jahres 2019 eine Baumpflanzaktion beantragt wurde. Diese werde in Kürze mit allen Kreistagsmitgliedern erfolgen. Anhand einer solchen Aktion werde man im Hinblick auf den Klimawandel mit gutem Beispiel vorangehen.

Auch erinnert er an den internationalen Autofreien Tag am 22. September, der auf freiwilliger Basis im Landkreis Rhön-Grabfeld stattfinden könne.

KR Räder teilt dem Gremium mit, dass er einen Antrag stellen werde, einen Fachmann zu engagieren.

KR Altrichter verweist zu dieser Thematik auf das bestehende Klimaschutzkonzept des Landkreises.

Herr Dr. Geier erläutert das dazugehörige Förderprogramm, welches ab 01.02.2022 geändert werde. Demnach könne der Landkreis Rhön-Grabfeld Förderungen geltend machen.

KR Seiffert unterstützt die Bitte von Frau Wolf, dass ihr verschiedene Impulse jederzeit zugeleitet werden können. Außerdem solle man Frau Wolf die Chance geben, ihre Kompetenz in der angesprochenen Fachrichtung einzubringen.

KR Herbert betont, dass durch einen laufenden Prozess das Klimaschutzkonzept ständig aktualisiert werde. Beispielsweise könnten verschiedene Thematiken in einer weiteren Klimakonferenz behandelt werden.

Landrat Habermann übernimmt die Leitung der Sitzung, begrüßt Frau Dehmer und übergibt ihr das Wort.

MITTEILUNG

Anlagen:

Übersicht Ablauf Standortsuche (AnlageTop2_1_Übersicht Ablauf Standortsuche)

Übersicht Teilgebiete im Landkreis Rhön-Grabfeld (AnlageTop2-4_BGE_Rhön Grabfeld_Frau Dehmer)

Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima beschloss der Bundestag im Juni 2011 mit breiter Mehrheit den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie. Nach Stilllegung des letzten Atommeilers bleiben u. a. 27.000 m³ hochradioaktive Abfälle, die bis zu 1.900 Behälter füllen. Bis zum Jahr 2031 soll innerhalb Deutschlands ein Endlagerstandort für diese Abfälle gefunden werden.

Die einzelnen Verfahrensschritte bei der Endlagersuche regelt das Standortauswahlgesetz (StandAG), das im Mai 2017 in Kraft trat. Grundlage der Suche nach StandAG bildet ein ergebnisoffenes und transparentes Suchverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit, das sich an gesetzlich festgelegten fachlichen Kriterien orientiert („Partizipatives, wissenschaftsbasiertes, transparentes, selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren“). Mit der Suche nach einem Endlager wurde die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) beauftragt.

Das Standortauswahlverfahren ist in drei Phasen gegliedert.

Phase 1: Identifizierung möglicher Standortregionen

Phase 2: Übertägige Erkundung

Phase 3: Untertägige Erkundung und Standortentscheidung

Aktuell befindet sich das Standortauswahlverfahren in Phase 1. Am 28. September 2020 hat die BGE einen sog. Zwischenbericht veröffentlicht, um möglichst frühzeitig einen Einblick in den Stand der Arbeiten zu geben. Die Veröffentlichung des Zwischenberichts war zugleich der Startschuss für das erste gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsformat – die Fachkonferenz Teilgebiete. Die Fachkonferenz begann mit einer Auftaktveranstaltung im Oktober 2020. Es folgten drei Beratungstermine im Jahr 2021, auf denen der Zwischenbericht zur Diskussion stand. Nach Abschluss der Beratungen im August/September 2021 übermittelte die Fachkonferenz ihre Ergebnisse an die BGE, die diese wiederum bei ihrer weiteren Arbeit zu berücksichtigen hat.

Nach dem vorliegenden Zwischenbericht kommen auch im Landkreis Rhön-Grabfeld Gesteinsarten vor, in denen grundsätzlich hochradioaktive Abfälle eingelagert werden können. Dies betrifft zum einen kristallines Gestein (Granit) sowie Steinsalz. Je nach Gesteinsart werden sog. Teilgebiete ausgewiesen. Der Landkreis wird von zwei Teilgebieten mit Wirtsgestein Kristallin (TG 9, TG 10) und einem Teilgebiet mit dem Wirtsgestein Steinsalz (TG 78) berührt. Die entsprechenden Übersichtskarten sind als Anhang beigefügt.

Mit Schreiben vom 14.07.2021 informierte die BGE darüber, dass das Teilgebiet 9 als eines von vier sogenanntes „Gebieten zur Methodenentwicklung“ ausgewählt wurde. In diesen Gebieten sollen die Methoden zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen entwickelt werden, die dann auf alle Teilgebiete anzuwenden sind.

In ihrem Vortrag wird Frau Dagmar Dehmer, die Leiterin der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bei der BGE, in Vertretung von Herrn Steffen Kanitz einen detaillierteren Bericht zum Sachstand bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle geben.

Landrat Habermann dankt Frau Dehmer für den Vortrag. Er betont, wie vielfältig die Kritik an dem Inhalt des Gesetzes und der Vorgehensweise sei. Er informiert, dass die Endlagersuche radioaktiver Stoffe nicht beantwortet sei. Dies belastet nicht nur die heutige Generation, sondern auch noch nachfolgende Generationen in der Zukunft. Das Standortauswahlgesetz von 2017 wurde kaum in der Öffentlichkeit diskutiert. Landrat Habermann sei froh, dass man derzeit immer mehr auf dieses Thema eingeht und bittet die Presse, die Bevölkerung auf das Thema aufmerksam zu machen. Man habe sich auf der Ebene des Bayerischen Landkreistages dieses Jahr intensiv mit diesem Thema befasst. Amtsintern wollte man nun den Ausschuss und den Kreistag über dieses Thema informieren.

Herr Endres berichtet über die Kritikpunkte, die sich durch die drei Phasen der diesjährigen Konferenzen, durchgezogen haben. Die BGE habe einen Zwischenbericht veröffentlicht. Für den Zwischenbericht lagen jedoch noch nicht alle Daten der biologischen Dienste (LFA) vor. Auch informiert er, dass die BEG keine eigenen Untersuchungen durchgeführt habe. Die BEG habe nur auf Daten zurückgegriffen, die ihr geliefert wurde. Im Nachhinein gab es kritische Anmerkungen, dass die Vorgaben des Standortauswahlgesetzes durch die beschriebene Vorgehensweise nicht korrekt umgesetzt wurde.

Auch informiert Herr Endres über eine Beteiligungslücke zum Ende der Fachkonferenzen.

KR Streit ist der Meinung, dass man die Informationen zu dem umfassenden Thema präziser den Kreistag, die Gemeinden und vor allem an die Bürgerinnen und Bürger herangetragen werden sollte.

3 Sachstand Biodiversitätszentrum Rhön, Vortrag von Frau Antje Voll, Projektleiterin Biodiversitätszentrum Rhön

Nach einleitenden Worten übergibt Herr Landrat Habermann Herrn Dr. Vollmuth das Wort.

MITTEILUNG

Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen hat die Bayerische Staatsregierung im Jahr 2018 die Naturoffensive Bayern gestartet. Hintergrund ist der drastische Rückgang der Insektenbestände. Diese Entwicklung steht stellvertretend für einen immer noch andauernden Verlust der Artenvielfalt von Flora und Fauna.

Ein wichtiges Element dieses Maßnahmenpaketes war die Einrichtung des Biodiversitätszentrums Rhön in Bischofsheim a. d. Rhön.

Das Biodiversitätszentrum Rhön (eine Außenstelle des Bayerischen Landesamtes für Umwelt) arbeitet eng mit dem Bayerischen Artenschutzzentrum zusammen und kooperiert mit der Bayerischen Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön, der Regierung von Unterfranken, dem Institut für Bienenkunde, der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau sowie mit Wissenschaft und Forschung.

Das Zentrum mit dem Aufgabenschwerpunkt Biodiversität bayerischer Mittelgebirgslandschaften – insbesondere der Rhön und ihres Vorlandes – befasst sich mit der Entwicklung der Biodiversität in dieser Natur- und Kulturlandschaft. Dazu zählt anwendungsorientierte Forschung und Monitoring ebenso wie die Erarbeitung modellhafter Lösungen für biodiversitätsfördernde Wirtschaftsweisen und Landnutzungssysteme. Projekte zur Steigerung der Biodiversität, Vermittlung von Naturerlebnis und die Vernetzung mit der Wissenschaft und weiteren wichtigen Akteuren ergänzen das Aufgabenspektrum des Biodiversitätszentrums Rhön.

KR Räder betont, wie wichtig Biodiversität im Zusammenhang mit dem Klimaschutz sei. Er sagt aus, dass man mit dem Biodiversitätszentrum symbolisch Politik betreibt, bei der zum Teil die eigentlichen Probleme nicht erkannt werden. Mit der bayerischen Landwirtschaft könne man keine Biodiversitätsprobleme lösen. Aktuell besteht noch 90 Prozent die konventionelle Landwirtschaft. Es müssen grundlegende Veränderungen in der heutigen Gesellschaft einleiten werden.

Landrat Habermann erläutert, dass der Standort des Biodiversitätszentrums sinnvoll ausgewählt wurde. Ein solches Biodiversitätszentrum müsse dort stehen, wo Biodiversität erhalten sei. Die gewonnenen Erkenntnisse vor Ort aufgrund vorhandener Biodiversität müssen anschließend an andere Stellen übertragen werden. Landrat informiert, dass mit der Zeit mehr Erfahrungen und Fachkenntnisse gesammelt werden, die man unmittelbar weitergeben werde.

KR Räder teilt mit, dass bereits aktuelle Fachkenntnisse vorliegen. Seiner Meinung nach sei man jedoch nicht bereit, diese umzusetzen.

Landrat Habermann teilt mit, dass man diese Problematik nicht nur aus der fachlichen Sichtweise betrachten könne. Beispielsweise können Forderungen der Fridays for Future Aktivisten nicht sofort umgesetzt werden. Außerdem würde es viele Gegenbewegungen geben.

Landrat Habermann unterstützt die Grundaussage des Herrn Räder, betont aber zugleich, darauf zu achten, was realistisch umsetzbar sei. Durch die Wahlen, die das Fundament der Rechtsordnung und Demokratie sind, wählt die Gesellschaft, dass was ihr wichtig sei.

KRin Mültner verlässt um 16:40 Uhr die Sitzung.

KR Herbert informiert sich über Hilfestellungen, die eventuell durch das Biodiversitätszentrum abgewickelt werden können.

Herr Dr. Vollmuth versichert, dass sich Landwirte über Hilfestellungen im Biodiversitätszentrum beraten lassen können.

Landrat Habermann lässt das Gremium wissen, dass von Anfang an im Biodiversitätszentrum keine Grundlagenforschung betrieben werden soll. Hier soll es sich um anwendungsbezogene Forschung handeln. Deshalb wird dauerhaft darauf hingewiesen, die Bewirtschafter/Grundeigentümer eng mit einzubeziehen.

KRin Scheublein betont unterschiedliche Projekte, die in Zusammenarbeit mit konventionellen Landwirten angestoßen wurden.

4 Entwicklungen und Projekte am Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt (GKS) - Vortrag von Geschäftsführer Dr. Warnecke

MITTEILUNG

Entwicklungen und Projekte am Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt (GKS) (AnlageTop4_GKS-NES-Umweltausschuss-Präsentation) präsentiert durch Herrn Dr. Warnecke.

KRin Kronester informiert sich über den zukünftigen Kohleausstieg.

Herr Dr. Warnecke erklärt, dass man in den Monaten zwischen Mai und Oktober keine Kohle verwendet. Das Ziel sei es, bis 2027 keine Kohle mehr bei der Arbeit einzusetzen.

KR Liebst erkundigt sich, ob die Obergrenze der Verbrennungskapazitäten durch die Ofenlinien oder die Wärmeabnahme bestimmt sei.

Herr Dr. Warnecke sagt aus, dass dies durch die Ofenlinien erfolgt.

KR Räder weist darauf hin, dass bei der Verbrennung von Klärschlamm Phosphate gewonnen werden könnten, die ein wichtiges Düngemittel für Pflanzen wären.

Herr Dr. Warnecke stimmt dies bezüglich Herrn Räder zu. Allerdings sind derzeit dafür noch keine Techniken im Einsatz. In der Zukunft sollte dies technisch möglich sein.

5 Wertstoff- und Abfallkalender 2022

MITTEILUNG

Vorstellung des Wertstoff- und Abfallkalender 2022(AnlageTop5_Wertstoff- und Abfallkalender 2022) durch Herrn Roßhirt / Herrn Bittorf.

Herr Roßhirt stellt die Erneuerungen für den neuen Abfallkalender des Jahres 2022 vor.

Landrat Habermann bedankt sich bei Herrn Roßhirt und Herrn Bittorf, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wertstoffzentrum und bei den Müllfahrern für die geleistete Arbeit.

6 Nutzung des Verfügungsrahmens Öko-Projekte in der Öko-Modellregion Landkreis Rhön-Grabfeld ab dem Jahr 2022

SACHVERHALT

Der Sachverhalt wird von Frau Dr. Hamacher vorgetragen.

Wie Agrarministerin Michaela Kaniber im Sommer dieses Jahres ankündigte, wird die Förderung der bayerischen Öko-Modellregionen künftig weiter verbessert. Hintergrund ist: Die Öko-Modellregionen sollen als zentraler Baustein des Landesprogramms BioRegio 2030 dazu beitragen, den Anteil des ökologischen Landbaus bis 2030 auf 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche anzuheben. Zielsetzung der Arbeit in den Öko-Modellregionen ist dabei die Förderung des ökologischen Landbaus entlang seiner gesamten

Wertschöpfungskette. Sowie die Stärkung des ökologischen Bewusstseins in der Bevölkerung und politisch verantwortlichen Gremien.

Ein neues Förder-Element, welches den Öko-Modellregionen ab 2022 zur Verfügung steht, ist der „Verfügungsrahmen Öko-Projekte“. Für Kleinprojekte mit entsprechender Zielsetzung stehen hierüber bis zu 50.000 € pro Jahr und Region zur Verfügung. Dieser Verfügungsrahmen setzt sich aus einem Zuschuss von 90 % (max. 45.000 €) und einem Eigenanteil des jeweiligen Trägers der Öko-Modellregion von 10 % (max. 5.000 €) zusammen, also hier des Landkreises Rhön-Grabfeld. Die Beantragung des Verfügungsrahmens sowie die fachliche Begleitung und Ausarbeitung liegt in der Zuständigkeit des Projektmanagements der Öko-Modellregion.

Förderberechtigt sind Kleinprojekte, die zur Stärkung der regionalen Öko-Landwirtschaft, regionaler Bio-Wertschöpfungsketten, zur Verbesserung der Versorgung mit Bio-Lebensmitteln, zur Stärkung des Absatzes regionaler Bio-Produkte und zur Bio-Bewusstseinsbildung beitragen. Ein Gremium der Öko-Modellregion wählt in eigener Verantwortung anhand von zuvor festgelegten Kriterien die besten Kleinprojekte aus, deren Kosten bis zu 50 Prozent gefördert werden können, maximal gibt es pro Vorhaben 10.000 Euro. Bewerbungen können sich natürliche und juristische Personen der Öko-Modellregion Rhön-Grabfeld. Die Projekte müssen bis spätestens 31.10. des jeweiligen Jahres umgesetzt und abgerechnet werden.

Mit der Nutzung des Verfügungsrahmens Öko-Projekte bekommt der Landkreis ein weiteres Förderinstrument, um weiterhin erfolgreich den Weg hin zu einer zukunftsweisenden Land- und Ernährungswirtschaft zu gehen.

BESCHLUSS

Der Ausschuss für Umwelt- und Naturschutzfragen empfiehlt dem Kreistag, die Nutzung des Verfügungsrahmens Öko-Projekte in der Öko-Modellregion Rhön-Grabfeld ab dem Jahr 2022 zu beschließen. Die Beantragung des Verfügungsrahmens sowie die fachliche Ausarbeitung und Umsetzung werden dem Projektmanagement der Öko-Modellregion übertragen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Anwesend 11 Persönlich Beteiligt 0

7 Verschiedenes öffentlicher Teil

Keine Wortmeldungen

Mit Dankesworten schließt Landrat Thomas Habermann die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutzfragen.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Thomas Habermann
Landrat

Milena Grünbeck
Schriftführung